

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 12.01.2010**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Kleiner Saal,

Zeit:

17:00 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Uwe Heft	parteilos	ab 17:20 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17:30 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	ab 17:30 Uhr
Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Dörthe Riedel	Verw	
Frau Anne-Katrin Schmiedehaus	Verw	
Frau Claudia Cappeller	SKE	
Herr Christian Feigl	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Rainer Köhne	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	ab 17:30 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Haushalt der Stadt Halle (Saale) 2010
Vorlage: V/2009/08484
 - 4.2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
Vorlage: V/2009/08378
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der SPD-Fraktion zur Nutzung der Freifläche des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße
Vorlage: V/2009/08318
 - 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Mobilität in Halle - Masterplan für die Verkehrsentwicklung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08428
 - 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Mobilität in Halle - Masterplan für die Verkehrsentwicklung in der Stadt Halle (Saale) (V/2009/08428)
Vorlage: V/2009/08493
 - 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrsberuhigung der 'Kneipenmeile' in der Kleinen Ulrichstraße
Vorlage: V/2009/08346
 - 5.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausbau des Saale-Radwanderweges
Vorlage: V/2009/08421
6. Mitteilungen
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sänger eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

zurückgezogen

Top 4.1 Haushalt der Stadt Halle (Saale) 2010

aufgenommen

Top 5.3.2. Änderungsantrag des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Mobilität in Halle- Masterplan für die Verkehrsentwicklung in der Stadt Halle (Saale) (V/2009/08428)

Abstimmungsergebnis:

mit Änderungen einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Errichtung von Parkstreifen in der Dessauer Straße

Vorlage: V/2009/08325

Herr Sommer wies darauf hin, dass der Antrag nicht „zurückgestellt“, sondern „vertagt“ wurde.

Weiter bat er aufzunehmen, dass „Frau Capeller bat, den Bauantrag zum Ärztehaus hinsichtlich der Parkplätze und insbesondere eines Behindertenparkplatzes zu prüfen.“

Abstimmungsergebnis:

mit Änderungen einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Haushalt der Stadt Halle (Saale) 2010

Vorlage: V/2009/08484

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

zu 4.2 Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt

Vorlage: V/2009/08378

Herr Wendler gab eine Einführung.

Frau Wildgrube bat um nähere Informationen zu folgenden Projekten, die durch **Herrn Wendler** gegeben wurden:

1. Projekt III.14 Gebäude am Niedersachsenplatz, warum kein Abriss?

Das ehem. Postgebäude wird durch den Slawia-Verein genutzt. Es müsste nach einem Alternativstandort für den Verein gesucht werden, wenn das Gebäude abgerissen wird.

2. Projekt III.5 Warum wird für das Passendorfer Schlösschen noch Geld ausgegeben?

Der Bebauungsplan Nr. 36 schreibt verschiedenen Anbindungen und Wegebeziehungen vor. Diese sollen hergestellt werden. Der Grünzug soll vom Treff bis in die alte Dorflage fortgeführt werden. Es handelt sich um öffentliche Wegebeziehungen.

Das Konzept des Eigentümers des Passendorfer Schlosschens ist noch nicht so weit ausgereift, dass ersichtlich wird, ob Investitionen in Wege fließen und ob diese dann öffentlich gemacht werden.

Frau Wildgrube sah keine Verhältnismäßigkeit dafür 140 T€ auszugeben.

Herr Wendler erklärte die technische Notwendigkeit.

3. Projekt IV.1 Quartiersmanagement – können diese Mittel reduziert werden? Die Mittel sind für drei Jahre geplant. Es folgte eine Erläuterung der Arbeit des QM.

4. IV.4 Öffentlichkeitsarbeit – 35 T€ sind zu viel, Kürzung möglich?

Auch die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit sind für mehrere Jahre geplant.

Herr Menn merkte an, dass in der Vorlage viele Einzelmaßnahmen aufgeführt sind. Der große zusammenfassende Rahmen, ein Masterplan fehlt. Die Verknüpfung zwischen den Einzelprojekten erschließt sich nicht.

Warum werden Mittel für das Stadion (Projekt III.15) eingestellt, dies sollte durch das Konjunkturprogramm abgedeckt sein?

Herr Wendler erläuterte, dass die Konjunkturmittel für die Gebäude des Stadions eingesetzt werden. Die Maßnahme Soziale Stadt umfasst die Gesamtmaßnahme, die umliegenden Stätten für den Vereinssport und ergänzende Maßnahmen für die Ballsporthalle.

Herr Dr. Köck fragte, warum so viele investive Projekte und wenig soziale Projekte aufgeführt sind? Er fragte nach der Untersetzung für das Projekt III.19 Umgestaltung Nordbahnhof/ Hochhausscheiben?

Herr Wendler erläuterte, dass im ursprünglichen Handlungskonzept die soziale Komponente aufgenommen ist. Hier werden Ergänzungen dazu aufgenommen. Die investiven Projekte haben zum Ziel, Rückbaubereiche zu stabilisieren (siehe Integratives Entwicklungskonzept). Für die Hochhausscheiben soll zunächst ein Konzept erstellt werden für eine Auseinandersetzung mit möglichen Nutzungen und der städtebaulichen Gestaltung.

Die Entwicklung für den Nordbahnhof geht in Richtung Abriss. Die Wiederherstellung der räumlichen Situation, die Platzgestaltung des Zentrums sollen untersucht werden.

Herr Feigl fragte, ob mit Blick auf die Haushaltsituation Eigenmittel in Höhe von 1 Mio. € gerechtfertigt ist? Ein Verzicht auf die Fördermittel sei angebracht. Die Vorlage ist ungeeignet für eine Entscheidung. Es gibt mehr Fragen als Klarheit.

Herr Feigl stellte den **Antrag**, die Vorlage zu vertagen und umfangreiche Informationen von der Verwaltung zu erhalten.

Herr Wendler erläuterte, dass es ein bestätigtes Handlungskonzept aus dem Jahr 2009 gibt. Neu dazu gekommen sind nur Maßnahmen für bereits bewilligte Mittel. Ein umfangreiches Projekt ist weggefallen. Ein neuer Stadtratbeschluss ist notwendig, um Mittel für Ersatzprojekte abrufen zu können.

Herr Sänger ergänzte, dass die Einzelmaßnahmen vom Stadtrat bestätigt werden müssen.

Herr Sieber sprach sich für mehr soziale Projekte aus. Er war der Meinung, dass 35 T€ für Öffentlichkeitsarbeit zu wenig sind, um das Image von Halle-Neustadt zu verbessern.

Herr Dieringer stellte die Verbindlichkeit der Vorlage in Frage, da auf dem Deckblatt bei finanziellen Auswirkungen „keine“ eingetragen wurde. Er sprach sich dafür aus, erst über die Vorlage zu diskutieren, wenn die Einzelprojekte vorgelegt werden.

Herr Feigl befürchtete, dass die Einzelmaßnahmen nicht noch einmal dem Stadtrat vorgelegt werden, da sie gemäß Zuständigkeitsordnung eines Stadtratsbeschlusses nicht bedürfen.

Herr Heft bestätigte dies.

Herr Wendler sagte, dass alle Maßnahmen, für die eine Förderung ausgereicht wird, noch einmal im PA vorgestellt werden.

Er erläuterte auf Anfrage von **Herrn Dr. Köck** die Zusammensetzung der Finanzierungen.

Herr Lehmann machte den Vorschlag, den Beschluss mit der Maßgabe eines Stadtratsbeschlusses für die Einzelmaßnahmen zu versehen.

Herr Feigl sagte, dass damit der Zeitpunkt der Vorstellung der Einzelmaßnahmen nicht geregelt wird.

Herr Dr. Köck bat die Verwaltung, zu den neu dazu gekommenen Projekten, Maßnahmeblätter nachzureichen.

Herr Felke wies darauf hin, dass das Förderprogramm „Stadtumbau Ost/ Aufwertung“ durch das Programm „Soziale Stadt“ sinnvoll ergänzt wird. Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass so umfangreich Mittel nach Halle fließen. Wenn in der Stadt Halle zu lange diskutiert wird, fließen die Mittel in andere Kommunen.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Feigl

Die Vorlage wird auf die Sitzung des PA am 09.02.2010 vertagt. Die Verwaltung reicht umfangreiche Informationen zu den einzelnen Projekten nach.

Dem Antrag wurde mit

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 3

Enthaltungen 1

mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

vertagt auf die Sitzung des PA am 09.02.2010

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt in der anliegenden Fassung für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ 2009 -2013 in Halle-Neustadt.
2. Für die jeweiligen Einzelmaßnahmen sind Einzelbeschlüsse gemäß der Hauptsatzung und der Vergabeordnung der Stadt Halle herbeizuführen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Nutzung der Freifläche des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße
Vorlage: V/2009/08318**

Herr Wendler informierte darüber, dass es noch keinen neuen Informationsstand von Seiten des Landes gibt.

Herr Sänger sagte, dass wenn möglich Parkplätze durch das Land zu vermieten sein sollten.

Herr Feigl fragte, wie organisatorisch eine Vermietung durch das Land geklärt würde?

Herr Sänger antwortete, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, weitere Verhandlungen zu führen.

Herr Heft wies darauf hin, dass evtl. Kosten vorher zu klären sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. beim Land darüber verbindliche Auskunft zur Perspektive der Liegenschaft des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße 7 zu erlangen;
2. mit dem Land Verhandlungen zu beginnen mit den Zielen

- a) eine dauerhafte Überlassung eines Teils der Freifläche dieser Liegenschaft zur Erweiterung des Spielplatzes am Rathenauplatz zu erreichen und
- b) alle auf dieser Freifläche bereits angelegten Parkplätze zumindest temporär zur Minderung des Parkdrucks im Paulusviertel nutzen zu können.

zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Mobilität in Halle - Masterplan für die Verkehrsentwicklung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08428

Die Anträge 5.2 und 5.2.1 wurden gemeinsam beraten.

Herr Menn verteilte zu Beginn der Sitzung eine Änderung zum Änderungsantrag.

Herr Möbius sagte, dass es notwendig ist, einen verkehrlichen Grundsatzbeschluss herbeizuführen. Dazu sollte sich in einer Sitzung des PA nur mit Verkehrsthemen beschäftigt werden, um einen Prozess zur Entwicklung eines verkehrlichen Konzeptes zu beginnen.

Dieser Prozess wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen und finanzielle Mittel benötigen.

Herr Sänger nahm den Vorschlag auf. Er bat darum, eine Zeitschiene für die Entwicklung eines überarbeiteten verkehrspolitischen Leitbildes zu erstellen. Die Sitzung des PA im April wird für verkehrliche Themen reserviert.

Herr Heft sprach sich dafür aus, dass die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen werden. Der Diskussionsprozess benötige auch nach seiner Ansicht einen längeren Zeitraum. Das Jahr 2013 wurde bewusst gewählt. Diesen zu verkürzen wäre für einen umfangreichen Diskussionsprozess, in den auch die Bürger einbezogen werden sollen, nicht förderlich.

Herr Menn befürwortete die Sondersitzung zu Verkehrsthemen und zog beide Änderungsanträge zurück.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bis spätestens 31.12.2013 einen Verkehrsentwicklungsplan für die Stadt Halle (Saale) zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Bürger der Stadt Halle (Saale), Verbände, Vereine und Interessenvertretungen werden im Rahmen der Aufstellung, Erarbeitung und Diskussion eines komplexen Verkehrsentwicklungsplanes für die Stadt Halle (Saale) beteiligt.

zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Mobilität in Halle - Masterplan für die Verkehrsentwicklung in der Stadt Halle (Saale) (V/2009/08428)
Vorlage: V/2009/08493

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Im vorgelegten Antrag wird in Ziffer 1. das Datum **31.12.2013** durch das Datum **31.12.2010** ersetzt.
2. Der Beschlusstext wird um folgende Ziffer 3 ergänzt:
„**3. Der Stadtrat wird quartalsweise über den Stand der Erarbeitung informiert.**“

zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrsberuhigung der 'Kneipenmeile' in der Kleinen Ulrichstraße Vorlage: V/2009/08346

Herr Menn begründete den Antrag.

Herr Dieringer lehnte den Antrag ab, da er nicht im Sinne der ansässigen Händler ist.

Herr Lehmann erläuterte, dass eine ausführliche Diskussion zu diesem Thema bereits stattfand. Es sollte das Gesamtkonzept der Altstadt beraten werden und der Antrag bis dahin zurückgestellt werden.

Herr Feigl erläuterte die verkehrliche Situation in der Kleinen Ulrichstraße aus seiner Sicht. Der Antrag zielt darauf hin, den „Spaßverkehr“ zu unterbinden.

Herr Sängler sagte, dass er regelmäßig den Verkehr in der Kleinen Ulrichstraße beobachtet. Händler sind bei ihm vorstellig geworden, eine Stilllegung der Straße wäre nachträglich für die Geschäfte. Er sprach sich dafür aus, die Situation so zu belassen wie sie zurzeit ist und den Antrag zurückzuziehen.

Herr Heft zog den Vergleich zur Sternstraße in der es keine Probleme gibt, Anliegerverkehr sei immer möglich. Die Durchsetzung der bereits bestehenden Regelungen sei wichtiger.

Herr Sieber hält die Kleine Ulrichstraße auch für Radfahrer für enorm gefährlich. Er sprach sich dafür aus, die Variante 2 der Verwaltung auszuprobieren.

Herr Sommer sagte, es solle generell zum Thema Verkehr in der Altstadt diskutiert werden. Eine weitere Entflechtung der Verkehr sei nicht notwendig. Je mehr Verkehr, desto größer sei nach seiner Erfahrung die Rücksichtnahme.

Herr Dr. Franke stellte zusammenfassend die Ergebnisse einer Befragung der gewerblichen Betriebe vor. Er regte an, die Situation so zu belassen und sich jährlich über die Entwicklung mit den Händlern zu verständigen.

Herr Felke sah in der Sichtweise der betroffenen Händler das wichtigste Argument. Der Bürger hat die Wahl seines Aufenthaltsortes.

Frau Capeller wies darauf hin, dass vor allem abends Gaststättenbetrieb mit Außengastronomie stattfindet. Der Antrag könne dahin modifiziert werden, nur in den Abendstunden den Verkehr zu unterbinden.

Herr Dr. Köck schlug einen Versuch der Verkehrsbeschränkung vor.

Herr Feigl hielt weitere Diskussionen für notwendig.

Herr Sieber wünschte eine Vorstellung der von der Verwaltung erarbeiteten Varianten. Der Antrag wurde an dieser Stelle der Diskussion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 2

Nein-Stimmen 6

Enthaltungen 2

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat spricht sich für die völlige Verkehrsberuhigung der Kleinen Ulrichstraße im Bereich zwischen Einmündung Jägerstraße und Einmündung Dachritzstraße („Kneipenmeile“) aus.
Berechtigte Lieferverkehre der ansässigen Unternehmen und Wirtschaftsbetriebe sowie der Anwohner sollen davon nicht betroffen sein.

2. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zum 01.02.2010 ein Konzept vorzulegen und dieses möglichst bis zum 01.05.2010 umzusetzen.
- 3.

zu 5.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausbau des Saale-Radwanderweges
Vorlage: V/2009/08421

Herr Menn erläuterte seinen Antrag.

Herr Dr. Pohlack bat die Ausschussmitglieder, sich dem modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung anzuschließen.

Herr Menn wünschte eine zeitliche Fixierung: statt „in den kommenden Jahren“ – „in den nächsten zwei Jahren“.

Herr Heft fragte, ob statt vollversiegelter Fläche eine wassergebunden Fläche möglich sind?

Herr Möbius wies auf die Unterhaltungskosten hin. Teile des Radweges liegen im Hochwassergebiet der Saale. Eine wassergebundene Decke ist hier ungünstig. Dies wird im Detail geklärt werden.

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass die Umsetzung des Radwegekonzeptes in den letzten Jahren aus haushaltstechnischen Gründen (Sparmaßnahmen) nicht möglich war. Er bat, in der Haushaltsdiskussion für den Haushalt 2010 darauf zu achten.

Herr Felke bestätigte, dass den aufgeführten Radwegeabschnitten eine hohe Priorität einzuräumen sei.

Herr Menn stellte den **Antrag**, den Zeitraum auf das Jahr 2011 festzuschreiben.

Der Antrag wurde mit
Ja-Stimmen 1 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen 4
mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

Innerhalb des kommenden Jahres wird der Saale-Radwanderweg im Stadtgebiet der Stadt Halle nach den Vorgaben des Landesradverkehrsplans auf das Niveau eines nationalen Fernradwanderweges ausgebaut. Ziel ist ein befestigter Ausbau möglichst mit Asphalt auf 2,50 m Breite. Belange des Naturschutzes sind bei Planung und Ausführung der Maßnahmen zu berücksichtigen. Die Trasse soll familienfreundlich auch mit Fahrradanhänger befahrbar sein. Für hochwassergefährdete Bereiche ist eine Alternativstrecke auszuweisen. Um den anzustrebenden Standard realisieren zu können, sind im Einzelnen die wie folgt aufgeführten Investitionen durchzuführen:

1. Ausbau des Weges zwischen Planena und der Stadtgrenze bei Rattmannsdorf (ca. 600 m)
2. Ausbau des Uferweges entlang der Saale zwischen Wörmnitz und Böllberg (ca. 600 m)
3. Ausbau des Weges zwischen der Straße Zum Teich (Einfahrt Kläranlage Lettin) bis Dachstraße (ca. 600 m)
4. Ausbau des Uferweges entlang der Wilden Saale zwischen Talstraße und Schwanenbrücke (ca. 1000 m)

modifizierter Beschlussvorschlag:

„In den kommenden Jahren soll angestrebt werden, dass der Saale-Radwanderweg im Stadtgebiet Halle nach den Vorgaben des Landesradverkehrsplanes ausgebaut wird. Ziel ist demnach ein befestigter Ausbau möglichst mit Asphalt auf 2,50 m Breite. Belange des Naturschutzes sind bei der Planung und Ausführung zu berücksichtigen. Die Trasse soll famili-

enfreundlich auch mit Fahrradanhänger befahrbar sein. Für hochwassergefährdete Bereiche sollten Alternativrouten ausgewiesen werden.“

zu 6 **Mitteilungen**

Es lagen keine Mitteilungen vor.

zu 7 **schriftliche Anfragen von Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

- **Herr Schika** beschwerte sich, dass auf dem P&R-Platz in Kröllwitz das Parken wegen der Schneemassen nicht möglich ist.
- **Frau Klein** sagte, dass davon noch mehr P&R-Plätze betroffen sind.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass die Räumung nach Plan erfolgt.

- **Frau Klein** fragte, ob die Sackgassenregelung im Bereich Europachaussee/ Kriennitzweg aufgehoben werden kann?

Die Verwaltung prüft und antwortet schriftlich.

- **Herr Felke** fragte, wann mit der geplanten Änderung der B-Pläne 32.3+4 gerechnet werden kann? Interessenten fühlen sich hingehalten

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass Gespräche mit den Interessenten stattfanden, in denen

es schwerpunktmäßig um die Festsetzung der Lärmschutzkontingente ging.

Die Verwaltung antwortet schriftlich zum Zeitplan der Bauleitplanung.

zu 9 **Anregungen**

Es lagen keine Anregungen vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 29.01.10

Frau Schmiedehaus
Protokollführerin

Herr Dr. Pohlack
Bürgermeister

Herr Sänger
Vorsitzender